

## Stellungnahme der Gemeindevorstände der Fraktion „Klaus BLÜHT“ zum Budgetvoranschlag 2023

Das Gemeindegesetz verlangt unter § 73 (4), dass eine Stellungnahme des Gemeindevorstandes zum Budgetvoranschlag der Gemeindevertretung mindestens eine Woche vor der Beschlussfassung des Voranschlages vorzulegen ist.

In der Gemeindevertretungssitzung am 12.1.2022, in der unter TOP 6 der Voranschlag für das Jahr 2022 beschlossen wurde, hat Karlheinz Zeiner für „Klaus BLÜHT“ massiv kritisiert, dass weder die Ausschüsse noch der Vorstand in die budgetäre Planung miteinbezogen worden waren. Das kann man im Protokoll zu dieser Sitzung nachlesen.

Eine Wirkung hatte diese Wortmeldung nicht. Für den Voranschlag 2023 haben wir am 7. Dezember 2022 eine Einladung zu einer „Finanzklausur“ am 12. Dezember 2022 mit zwei Dokumenten erhalten. Auf dieser Besprechung haben wir sinngemäß die letztjährige Kritik zum Ablauf der Budgetplanung wiederholt.

Ein Protokoll zu dieser wichtigen Besprechung und die Neufassung einer Auflistung der Positionen außerhalb des laufenden Betriebes haben wir bis heute nicht erhalten.

Auf der letzten Vorstandssitzung am 9. Jänner 2023 haben wir unter TOP 10 den Voranschlag nicht mehr diskutiert, der BM meinte, wir könnten uns ja in dem 200 seitigen PDF -Dokument über den aktuellen Stand informieren.

Wir sehen auch keine Verbesserung in der Form, in der die Zahlen zum Budget zur Verfügung gestellt werden. Um die Zahlen zu analysieren, müssen wir mühsam Zahlen aus PDFs oder dem Text in einer E-Mail-Nachrichten in eine Tabellenkalkulation übertragen.

Immerhin stellen neben der Bürgermeisterfraktion 4 Fraktionen 9 von 24 Gemeindevertreter:innen und repräsentieren damit ca. 40% der Wähler:innen. Diese GV defacto erst ab 7. Dezember 2022 in den Prozess der Budgeterstellung einzubinden, entspricht nicht dem, was wir uns unter einer für die Gemeinde gewinnbringenden Zusammenarbeit auf Augenhöhe erwarten.

Als Stellungnahme der Vorstandsmitglieder der Fraktion „Klaus BLÜHT“ möchten wir euch folgende Gedanken mitgeben:

Österreich ist Mitglied der Vereinten Nationen und der EU. Damit ergibt sich für eine Gemeinde eine Reihe von Entwicklungs-Zielen und vertraglichen Verpflichtungen, an denen wir unsere Politik ausrichten müssen.

### SDGs

An der Spitze stehen die SDGs, die 17 Sustainable Development Goals (nachhaltige Entwicklungsziele):

<https://www.sdgwatch.at/de/ueber-sdgs/>

Diese Ziele decken das gesamte Spektrum der Bedürfnisse der Menschheit ganz gut ab.

Da kann man auch die konkreteren Klimaziele der UNO, und da gilt nach wie vor das 1,5° Ziel, dazu nehmen.

### EU-Ziele

In der nächsten Ebene die Ziele der EU. Die EU hat tatsächlich für die Bereiche Energie und Klima Ziele formuliert, welche die schlimmsten Entwicklungen noch abwenden könnten.

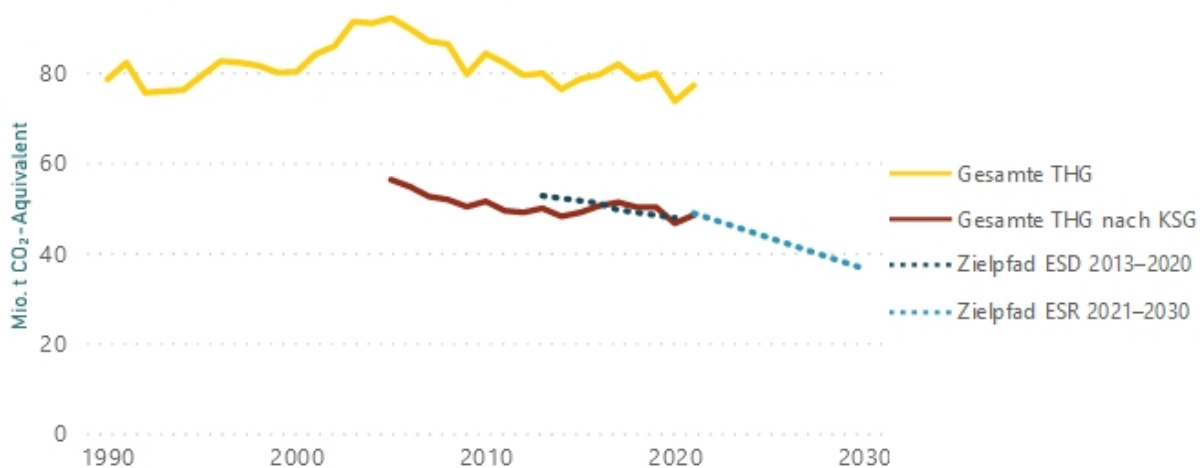
<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/climate-change/>

## Österreich

Österreich muss diese EU-Ziele natürlich auch erreichen. Den Werkzeugkasten dazu liefern im Wesentlichen gesetzliche Bestimmungen wie z.B. das Klimaschutzgesetz, Energieeffizienzgesetz, das Erneuerbaren Ausbaugesetz, Förderungen oder Tempo 80/100, für das sich momentan zu Recht verzweifelte Menschen auf die Straße kleben. Dass die Bundesregierung das immer noch nicht beschlossen hat, scheitert noch immer hauptsächlich an der ÖVP.

Hier haben wir in den letzten Jahren viel versäumt:

### Treibhausgas-Emissionen und Zielpfad



Quelle: <https://www.umweltbundesamt.at/klima/dashboard> (Ziel auswählen)

Mehr dazu:

[https://www.oesterreich.gv.at/themen/bauen\\_wohnen\\_und\\_umwelt/klimaschutz.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/bauen_wohnen_und_umwelt/klimaschutz.html)

Der Ökologe Franz Essl wurde gerade zum Wissenschaftler des Jahres 2022 gekürt und schreibt in seinem Gastkommentar im Standard

<https://www.derstandard.at/story/2000142558635/umweltschutz-im-untergangsmodus>

*„Aber es hakt in der Umsetzung. Österreich braucht daher einen grünen Marshallplan. Das bedeutet im Grunde nicht mehr, als das, was in der Umweltpolitik beschlossen wurde und was in Sonntagsreden vermittelt wird, auch wirklich umzusetzen. Das braucht Geld, viel mehr Geld als heute, und entsprechende Rahmenbedingungen.*

...

*Und um ein Missverständnis auszuräumen: Geld ist genug vorhanden, es wird nur widersinnig ausgegeben. Das Wifo hat jüngst errechnet, dass 5,7 Milliarden Euro jährlich in klimaschädliche Subventionen fließen. Das heißt, wir subventionieren unseren eigenen Untergang. Das Finanzministerium erwartet in einem vor wenigen Tagen vorgelegten Budgetausblick, dass Österreich – bei Beibehaltung einer Politik wie bisher – bis 2030 4,7 Milliarden an Strafen für die Nichterreichung der Klimaziele wird zahlen müssen – und danach jährlich 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts!*

...

*Politik ist nicht, das Einfache zu tun, sondern das Notwendige umzusetzen.“*

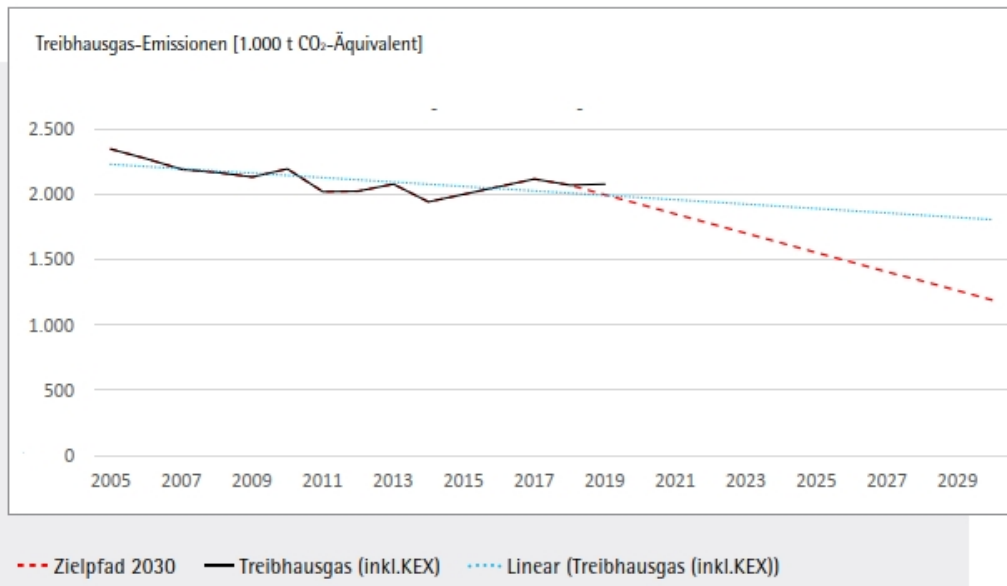
## Vorarlberg

Ehrgeizig sind wir in Vorarlberg ja, unser Ziel ist im Bereich Energie und THG Emissionen die Energieautonomie+.

<https://www.energieautonomie-vorarlberg.at/de/das-ist-energieautonomie/>

Allerdings gilt auch für Vorarlberg: Die Diskrepanz zwischen Ankündigungen und Umsetzung ist groß.

### Treibhausgas-Emissionen Vorarlberg 2005–2019



Quelle: Vorarlberger Energiemonitorbericht 2021

## Klaus

Und es ist wohl logisch. Am Ende müssen all diese Maßnahmen für eine Energiewende, für die Mobilitätswende auf der Ebene der Gemeinden, der dort ansässigen Firmen und Bewohner:innen stattfinden. Und, um nochmals Franz Essl zu zitieren: Bei den Sonntagsreden ist Klaus schon dabei. Wir sind e5 Gemeinde (noch ohne ein e), wir sind bei KEM dabei, wir sollten also Klima und Energie Modellregion sein. Aber an der Umsetzung hapert es.

### Ein Beispiel:-Der Antrag von „Klaus BLÜHT“ und die Diskussion zum Top „Heizung“ auf der letzten GV Sitzung

Wenn wir jetzt unseren Antrag und die darauffolgende Diskussion unter dem Gesichtspunkt des obigen Überblicks dazu, was zu tun wäre, betrachten, dann wird klar, dass an einer sofortigen Umsetzung sämtlicher klimaschonender Maßnahmen vonseiten der BM Fraktion kein Interesse besteht. Dass wir nach einer Menge von Redebeiträgen jenen Teil des Antrages streichen mussten, der sicher stellen sollte, dass wir auf jeden Fall im Sinne der oben geschilderten Verpflichtungen unseren Beitrag leisten, zeigt dies umso deutlicher.

Es waren in der Diskussion leider zu viele Beiträge der BM Fraktion, die jenen Mut demolieren, den wir brauchen würden, um das Überleben zukünftiger Generationen zu sichern.

Ich zitiere noch einmal:

*Politik ist nicht, das Einfache zu tun, sondern das Notwendige umzusetzen.“*

Dies vermissen wir im Budgetvorschlag 2023.